

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 17 (1916-1917)

Artikel: Bethmann, der "Pazifist" [Schluss]
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-764040>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BETHMANN, DER „PAZIFIST“¹⁾

VORABDRUCK

AUS DEM IN VORBEREITUNG BEFINDLICHEN BUCH:

„FORTSETZUNG UND ERGÄNZUNG VON *J'ACCUSE*“

VOM VERFASSER VON *J'ACCUSE*

(Nachdruck nur auszugsweise und nur unter voller Quellenangabe gestattet.)

II

Soweit die Bethmannsche Rede die Schuldfrage erörterte, bot sie — abgesehen von gewissen Einzelheiten — im großen und ganzen nichts Neues: dieselben krampfhaften Versuche wie bisher, durch Betonung unerheblicher, durch Weglassung oder Herabmin- derung oder Verdrehung erheblicher Tatsachen das Bild der Kriegs- vorgeschichte zu verfälschen und Anderen eine Schuld aufzuladen, die man allmählich als unerträgliche Last auf den eigenen Schul- tern zu empfinden beginnt. Die Überraschungen kamen am Schluss der Kanzlerrede, als Herr v. Bethmann sich plötzlich als *Pazifist vom reinsten Wasser* enthüllte, der bereit sei, sich dem Völker- bunde, wie ihn Grey skizziert, anzuschließen, ja sogar sich an seine

¹⁾ *Vorbemerkung des Verfassers (Mitte Dezember 1916.)*

Der Aufsatz „Bethmann, der Pazifist“ ist im November — unmittelbar nach der Reichskanzlerrede vom 9. November — geschrieben worden, also *vor* der neuesten Friedensaktion der Zentralmächte. Diese Friedensaktion beseitigt leider nicht die Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Bethmannschen Neo-Pazifismus, die ich in meinem Artikel geäußert habe. Im Gegenteil, sie bestätigt sie. Von der — nun schon zur Schablone, aber deswegen nicht glaubwürdiger gewor- denen — Behauptung ausgehend, dass Deutschland und Österreich — die Angreifer — einen Verteidigungskrieg führen, erklären die Zentralmächte, zu den Friedensverhandlungen Vorschläge „mitbringen“ zu wollen, „die darauf gerichtet sind, Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern“, und glauben, auf dieser Grundlage einseitiger Sicherung einen „dauerhaften Frieden“ in Europa herstellen zu können. *Von einer pazifistischen Rechts- organisation oder gar von einer entsprechenden Rüstungsbeschränkung ist in dieser allgemeinen Umschreibung der Friedensbedingungen — spezielle Vor- schläge liegen zurzeit nicht vor — nicht ein Wort gesagt, nicht eine Andeutung gemacht.* Dagegen ist schon heute, aus jener allgemeinen Formel, aus der un- entwegten Festhaltung der Verteidigungslüge, die notwendig die Forderung nach Zukunftssicherungen gebären muss, — aus dem beständig wiederholten Verlangen nach solchen „Sicherungen“ seitens des leitenden deutschen Staatsmannes und der maßgebenden Parteien, der untrügliche Schluss zu ziehen, dass die Friedens- vorschläge, die die Zentralmächte zur Konferenz mitbringen wollen, sich durch- aus in den Geleisen der alten und ältesten Machtpolitik bewegen werden, dass

Spitze zu stellen. Auch Herr v. Bethmann erkennt nun auf einmal — am 9. November 1916 — das als richtig an, was er während seiner sieben vorangegangenen Regierungsjahre stets als Utopie betrachtet und in der Praxis zurückgewiesen hat: die Notwendigkeit „friedlicher Abmachungen und Verfassungen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten sollen“. Deutschland will — so verkündet der Reichskanzler heute zum ersten mal — an jedem Versuch der Verwirklichung eines solchen Zieles ehrlich mitarbeiten und sowohl zu Wasser wie zu Lande „das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung“ zur Geltung zu bringen suchen.

Als ich diese Gedanken in der Bethmannschen Rede las, glaubte ich meinen Augen nicht zu trauen. Wie? Das sagt derselbe Mann, der während seiner ganzen langen Regierungszeit jedes pazifistische Postulat, jede rechtliche Organisation der Völkergemeinschaft, ja jede vertragsmäßige noch so beschränkte Rüstungsvereinbarung für unmöglich, der die entgegenstehenden Schwierigkeiten für unlösbar

kein Hauch einer neuen Zeit, kein Fortschrittsgedanke diese „Friedensbringer“ durchdringt und leitet. Der angebotene Frieden ist ein *Frieden ohne Pazifismus*; der im November neugeborene Bethmannsche Pazifismus ist bereits im Dezember eines seligen Todes entschlafen und unter dem grünen Ölzweig, mit dem der deutsche Kanzler sein Haupt schmückt, lugt bereits deutlich erkennbar wieder die bespitzte Pickelhaube hervor. —

Es wäre dringend zu wünschen, dass man die nähere Angabe ihrer Vorschläge — wenigstens in ihren Grundzügen — von den Zentralmächten verlange, um aller Welt klar vor Augen zu führen, dass es sich nicht um einen europäischen, nicht um einen Rechtsfrieden, sondern um einen deutschen, um einen Gewaltfrieden handelt, auf dem sie die Zukunft Europas aufzubauen gedenken. Den Friedensvorschlägen, die Deutschland und seine Verbündeten bringen werden, um den *Schein* der Friedensbereitschaft für sich zu gewinnen, den Schein der Friedensgegnerschaft auf die Feinde abzuwälzen — diesen aussichtslosen Vorschlägen eines Machtfriedens im alten Sinne müssten die allein aussichtsvollen Vorschläge eines Rechtsfriedens im neuen Sinne gegenübergestellt und damit der Welt das Beweismaterial geliefert werden zur Entscheidung, wer von beiden Teilen den wahren, wer den falschen Frieden erstrebt.

Die Welt verlangt rechtliche und faktische Sicherheiten gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen; die Urheber dieser Katastrophe — das wird die Befragung noch deutlicher als ihr jetziges Manifest ergeben — verlangen „Sicherheiten“ für sich und ihre Verbündeten d. h. als Lohn für ihr Verbrechen noch Machterweiterungen, die nur mit Machtverminderungen von der anderen Seite erkaufte werden können. Zwischen beiden Polen gibt es keine Verbindungslinie. Damit ist *dieser* Friedensaktion das Urteil gesprochen, ist ihr Schicksal — so schmerzlich diese Erkenntnis auch für den Friedens- und Menschenfreund sein mag — von vorneherein besiegelt.

erklärt hat, *so lange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten seien?! Dieses klassische Wort fiel in der Bethmannschen Reichstagsrede vom 30. März 1911 — in der Zeit der schwebenden Verständigungsverhandlungen mit England: es war die Antwort auf die bemerkenswerte Rede Greys vom 12. März 1911, die in mahnend-prophetischer Weise den „Zusammenbruch der Kultur“ voraussagte, falls es nicht gelinge, durch Vereinbarung der Mächte das beständige Wachsen der Rüstungsausgaben zu beschränken und vor allem mit Deutschland zu einem Abkommen hierüber zu gelangen. Was Grey damals sagte, war das beständige Thema seiner Ministerkollegen im Kabinett Asquith. Alle liberalen Minister durch die Bank — dieselben, die heute als Urheber dieses fürchterlichen Krieges in Deutschland verschrien werden — die Lloyd George, die Churchill, die Asquith, Mac Kenna, und wie sie heißen mögen — ermüdeten nicht, bei jeder Gelegenheit auf die ungeheuerliche Tatsache hinzuweisen, „dass die christlichen Staaten jährlich gegen vierhundert Millionen Pfund (acht Milliarden Mark) zu dem Zwecke ausgeben, um die eine Nation zur Tötung der anderen vorzubereiten“ (Lloyd George auf dem Weltfriedenskongress in London 1908). In welche praktischen Handlungen sich diese Reden der englischen Minister umsetzten, habe ich an anderer Stelle — bei dem Bericht über die Haager Konferenzen und die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen 1909—1912 — ausführlich auseinandergesetzt.*

Und wie verhielt sich der Kanzler, der heute sich plötzlich als überzeugter Pazifist entpuppt, den englischen Bestrebungen gegenüber, die schon damals den Pazifismus in Realität umsetzen und so die europäische Spannung, die ewig drohende Kriegsgefahr aus der Welt schaffen wollten? Herr von Bethmann verhielt sich allen diesen Gedanken und Bestrebungen gegenüber genau wie sein Vorgänger, genau wie der Fürst Bülow, der noch heute — in seinem neuesten Buche — so tut, als wenn es überhaupt in der Welt der realen Politik keine pazifistischen Ideen und Möglichkeiten gäbe, als wenn der alte Faden diplomatisch-militärischer Machtpolitik bis ans Ende der Welt weitergesponnen werden müsste. Diesen traditionellen preußisch-deutschen Standpunkt dem pazifistischen Ideenkreis gegenüber hat Herr von Bethmann während seiner ganzen langen Regierungszeit festgehalten, blind und taub

gegen die offensichtliche und laut vernehmbare Tatsache, dass der Pazifismus inzwischen von Jahr zu Jahr mehr die ganze Welt — außerhalb der schwarz-weiß-roten und schwarz-gelben Grenzpfähle — erobert hatte und als fruchtbarer Zukunftskeim in den Gehirnen aller vorgeschrittenen Geister beider Hemisphären schlummerte. *Das alles wusste und erkannte man in Berlin nicht.* Das alles hat man nicht einmal bei Ausbruch dieses Krieges erkannt, den man höhnend als Bankerott des Pazifismus ausschrie, während er tatsächlich nur die Besiegelung der pazifistischen Voraussagen, die Bestätigung der Richtigkeit der pazifistischen Forderungen war. Das alles hat man aber weiter *noch bis vor wenigen Monaten* an den leitenden Stellen in Deutschland nicht erkannt. Noch in den Frühjahrsgreden dieses Jahres hat Herr von Bethmann nicht ein Wort von einem pazifistischen Zukunftsprogramm Deutschlands verlauten lassen. Die schlimmste und weitgehendste Annexionsrede hat er am 5. April 1916 im Reichstag gehalten: nur Deutschlands Machtsicherung für die Zukunft hat er als Kriegsziel hingestellt. Nur die Kriegskarte sollte den Maßstab für Deutschlands Friedensforderungen abgeben. Von Russland sollte das Riesengebiet vom baltischen Meere bis zu den wolhynischen Sümpfen zur besseren „Sicherung Deutschlands gegen zukünftige Überfälle“ abgetreten werden — ein Ziel, dem man sich bereits jetzt während des Krieges durch die „Befreiung“ Polens zu nähern sucht; im Westen sollten reale Garantien geschaffen werden, militärische, wirtschaftliche und politische, damit Belgien nicht wieder als Aufmarschgebiet für französische und englische Angriffe auf das friedliebende Deutschland missbraucht werden könne. Im Westen wie im Osten sollte Deutschland als Befreier unterdrückter Völkerschaften, hier der Flämen, dort der Letten, Litauer, Kurländer und Polen auftreten. Kurz ein *Annexionsprogramm reinsten Wassers*, ohne jeden Zusatz pazifistischer Milch, war das, was der Kanzler noch vor wenigen Monaten als deutsches Kriegsziel den Deutschen und aller Welt verkündet hat.

Und heute auf einmal reinste Milch der frommen Denkungsart?! Statt kriegerischer Fanfaren die Zitherklänge mildester Friedenspolitik. Die Erwerbungen im Osten mit Stillschweigen übergegangen, nachdem man das Hauptstück Polen definitiv verschlungen zu haben glaubt. Nach Westen hin die feierliche Versicherung,

dass man niemals die „Annexion“ Belgiens als Absicht Deutschlands bezeichnet habe. (Nein, aber die „Befreiung“ der Flämen und die Schaffung „machtpolitischer Garantien“ in Belgien hat der Kanzler ausdrücklich als sein Kriegsziel kundgegeben und bisher niemals zurückgenommen.) Und für Europa? Erhebung des Rechts auf den Herrscherthron an Stelle der bisherigen Alleinherrschaft der Gewalt.

Dieses Bethmannsche Zukunftsbild neuesten Datums ist zu schön, seine Entstehung zu plötzlich, als dass ich ihm irgendwelchen Glauben entgegenbringen könnte. Die englischen Staatsmänner haben, wie ich an anderer Stelle nachgewiesen habe, nicht nur in der Vorkriegszeit, sondern auch vom Beginn dieses Krieges an nichts anderes gepredigt und als ihr Kriegsziel hingestellt, als: die Schaffung einer Rechtsorganisation zur Verhinderung zukünftiger Kriege und auf dieser Rechtsbasis die vertragsmäßige Herabsetzung der Rüstungen. Auch die französischen Staatsmänner, die in der ersten fürchterlichen Zeit der in ihr unschuldiges Land einbrechenden Kriegsfurie teilweise wohl weitergehende — übrigens sehr begreifliche — Pläne der dauernden Unschädlichmachung des verbrecherischen Friedensstörers gehegt haben mögen, — auch die französischen Staatsmänner haben sich allmählich zu den Anschauungen ihrer englischen Verbündeten bekannt. Auch sie haben als ihr Kriegsziel die Schaffung „internationaler Sanktionen zur Erhaltung des Friedens“ proklamiert. Beide Gruppen von Staatsmännern, — die Engländer wie die Franzosen — sind mit ihren Kriegszielforderungen lediglich die Fortsetzer derjenigen Politik geblieben, die England und Frankreich seit der ersten Haager Konferenz — 1899 — konsequent verfolgt und auch während der kritischen zwölf Tage unermüdlich betätigt haben — der *Politik friedlich-schiedlicher Entscheidung internationaler Streitigkeiten*. Dass die englisch-französischen Kriegsziele ernst und ehrlich gemeint sind, wird durch das Verhalten dieser Regierungen vor und während des Krieges, wird vor allem durch ihr Verhalten auf den Haager Konferenzen bestätigt, wo sie auf vertraglichem Wege das zu erreichen suchten, was sie heute, nachdem der Gewaltweg ihnen aufgezwungen, als ihr Kriegsziel proklamieren.

In ganz anderem Licht aber erscheint die plötzliche Verwandlung des deutschen Reichskanzlers von einem Gewaltpolitiker in einen Frie-

denpolitiker. Der Mann, der noch vor wenigen Monaten den *deutschen* Frieden auf seine Kriegsfahne geschrieben, — er wird wenig Glauben und Zutrauen finden, wenn er jetzt plötzlich die schwarz-weiß-rote Fahne, auf der die Kriegskarte als Friedensmaßstab aufgezeichnet war, in die Tasche steckt und aus der anderen Tasche eine weiße Friedensfahne hervorholt, die — statt des scharfgeschliffenen Schwertes — die friedliche Themiswage als Symbol führt. *Die Wandlung ist zu auffallend-plötzlich geschehen, um glaubwürdig zu sein.* Sie steht in zu scharfem Widerspruch zu allem, was dieser selbe deutsche Kanzler während seiner ganzen Regierungszeit gesagt und getan hat, um Vertrauen zu erwecken. Der Mann, der den Zarenvorschlag der Haager Schiedshof-Entscheidung in den Wind geschlagen, unbeantwortet gelassen und später — aus Schuldbewußtsein — in seinem Weißbuch unterdrückt hat, — der Mann, der die Greysche Viermächte-Konferenz — die sicherste Garantie des Friedens — unter dem läppischen Vorwande abgelehnt hat, das sähe ja wie ein „Areopag“, wie ein „europäisches Gericht“ aus, vor das er seinen Bundesgenossen nicht ziehen könne, — der Mann, der heute noch die wichtigsten Vorschläge zur Lösung des österreichisch-serbisch-russischen Konflikts, — den russischen Schiedsgerichts-Vorschlag, den englischen Konferenzvorschlag — als „Nebensachen“ zu bezeichnen wagt, die er auch jetzt noch mit einigen fadenscheinigen Worten aus der Welt zu schaffen sucht, — der Mann soll Vertrauen finden, wenn er jetzt auf einmal das Schwert in die Scheide steckt und mit sanft geschwungener Friedenspalme vor die Öffentlichkeit tritt?! Mögen Andere ihm dieses Vertrauen entgegenbringen und es gibt ja gewisse Pazifisten, die sich vor freudiger Begeisterung über den umgewandelten Reichskanzler gar nicht fassen können. Ich nehme die heutigen Erklärungen des Herrn von Bethmann mit dem Skeptizismus auf, der durch die Tatsachen der Vergangenheit begründet wird.

Ich freue mich, bei der Behandlung der Kriegsziele in meinem zweiten Buche die chronologische Methode gewählt zu haben, die den wandelnden Kriegseignissen und den nach der jeweiligen militärischen Lage sich wandelnden Kriegszielen Schritt für Schritt folgt. Tempora (militaria) mutantur et nos mutamur in illis. Seit der Kanzlerrede vom 9. Dezember 1915, die den ersten Gegenstand meiner Behandlung bildet, ist nun beinahe, bis zur letzten

Kanzlerrede vom 9. November 1916, ein Jahr verflossen. Man vergleiche jene Dezemberrede des Jahres 1915 und vor allem die Aprilrede des Jahres 1916 mit der letzten Novemberrede, und man wird es für unmöglich halten, dass derselbe Mann in gutem Glauben, mit Aufrichtigkeit jene Reden und diese letztere Rede gehalten haben könne. Nur eine Erklärung gibt es für diese Wandlung: die militärische und ökonomische Lage Deutschlands muss — trotz aller scheinbaren Erfolge, trotz aller Beschönigungen und Wahrheitsunterdrückungen — so bedenklich, die Ernährung des deutschen Volkes muss unter dem wachsenden Druck der Blockade so schwierig, die Stimmung der breiten Volksmasse so kriegsgegenerisch geworden sein (wofür viele nicht öffentlich bekannt gewordene Anzeichen vorliegen), dass die deutsche Regierung *gezwungenermaßen* sich den Kriegsbedingungen der Ententemächte nähern muss, um so den Eintritt in Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Herr von Bethmann ist gezwungen, von dem hohen Streitross herunterzusteigen und sich auf das Friedensniveau zu begeben, auf dem er seinen bisherigen Feinden zu begegnen hofft. Von dem Diktieren des Friedens auf der Basis der Kriegskarte scheint man definitiv in Berlin Abstand genommen zu haben, weil man sich überzeugt hat, dass man den Frieden nicht diktieren *kann*. Da die Gegner nur einen pazifistischen Frieden schließen wollen, so musste man sich notgedrungen bequemen, selbst Pazifist zu werden, *pacifiste par force majeure, pacifiste malgré soi*. Nicht spontaner Wille und innere Überzeugung haben Herrn von Bethmann in den sieben Monaten vom April bis November 1916 zum Anhänger und Proklamator eines internationalen Friedensbundes gemacht, sondern die *Gewalt der Tatsachen*, der sich auch ein deutscher Reichskanzler nicht entziehen kann. Der Frieden, der auf pazifistischem Boden mit Deutschland geschlossen werden wird, wird insofern ein Gewaltfrieden sein, als Deutschland durch militärische und wirtschaftliche Gewaltumstände gezwungen sein wird, *sich endlich, nach jahrzehntelangem Widerstande, der Herrschaft des Rechts im Völkerleben zu unterwerfen*.

Ob die heutigen Erklärungen des Herrn von Bethmann zu diesem von aller Welt heiß ersehnten Ziele führen werden, steht noch dahin. Wie Deutschland bisher seinen *Gewaltfrieden* auf reale Garantien zu stützen suchte, so werden heute die Weltmächte,

die dem internationalen Friedensbunde beitreten, reale Garantien für ihren *Rechtsfrieden* verlangen. Sie werden zunächst die Missgeburt des neuen Königreichs Polen — die tatsächlich eine vierte Teilung des unglücklichen Landes darstellt — wieder aus der Welt schaffen und die Neuschöpfung eines wahrhaft unabhängigen polnischen Staates auf der Grundlage des freien Volkswillens vollziehen. Sie werden Belgien und Serbien — diese unrechtmäßig überfallenen Kleinstaaten — in ihrer vollen Souveränität und Unabhängigkeit wieder herstellen, um ein für allemal den Boden zu ebnen, auf dem der zukünftige Friedenspalast sicher aufgebaut werden kann. Sie werden andere Territorialfragen nach dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Völker regeln, der eine der wesentlichen Grundlagen des internationalen Friedensbundes werden muss. Sie werden jede besondere Koalition einzelner Mächte — sei es ein Bündnis, eine Entente oder ein sonstiger engerer Verband — verbieten, da solche Sonderbündnisse eine Negation und Gefährdung des allgemeinen Bundes darstellen.

Vor allem aber werden die Mächte, die dem internationalen Friedensbunde beitreten, die wichtigste und folgenschwerste Konsequenz aus der neuen Rechtsorganisation zu ziehen haben: sie werden die Rüstungen zu Lande und zu Wasser einer vertragsmäßigen Vereinbarung, einer gleichmäßigen proportionellen Herabsetzung unterwerfen. *Das ist die wichtigste reale Garantie des zukünftigen Friedensbundes.* Über diesen Punkt hat Herr von Bethmann Stillschweigen bewahrt. Das ist der Punkt — der Wendepunkt, an dem sich zeigen wird, ob Deutschland wirklich ehrlich und aufrichtig, Hand in Hand mit den anderen Friedensmächten, den Weg zu einer internationalen Friedensorganisation der zivilisierten Menschheit beschreiten, oder ob es auf seinem bisherigen Wege der eigenen militärischen Machtsicherung verbleiben will. Eine Friedensorganisation ohne vertragsmäßige Herabsetzung der Rüstungen ist wert- und bedeutungslos: die Fortsetzung der Rüstungskonkurrenz würde nicht allein die bereits jetzt bankerotten Völker vollends in den wirtschaftlichen Abgrund hinabstoßen, das Wettrüsten würde auch von neuem alle Gefahren der bisherigen Völkeranarchie heraufbeschwören, würde von neuem an stelle eines wirklichen Friedens nur einen latenten Kriegszustand schaffen. *Eine internationale Friedensorganisation ohne vertragsmäßige*

Rüstungsbeschränkung ist wie ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt. Sie ist ein Scheingebilde ohne jeden realen Wert und Inhalt. Wenn also Deutschland ernsthaft den von Bethmann proklamierten internationalen Bund zur Bewahrung des Friedens will, so möge es erklären, dass es auch das wesentlichste Attribut dieses Bundes will: *die vertragsmäßige Herabsetzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande.* Ich bin gespannt, welche Antwort die deutsche Regierung erteilen wird, wenn ihr die Frage in dieser Form gestellt wird. Wenn ich englischer oder französischer Minister wäre, so würde ich nichts Eiligeres und Wichtigeres zu tun finden, als in öffentlicher Replik auf Bethmanns Rede diese Rüstungsfrage in präzisester Form an die Machthaber Deutschlands zu richten. Das ist der Prüfstein für Deutschlands ernsten Friedenswillen. An dieser Wasserscheide wird sich zeigen, nach welcher Richtung die deutschen Strömungen fließen. Hier werden die deutschen Staatslenker Farbe bekennen müssen, ob sie nur einen jetzigen, durch ihre Zwangslage, durch die Aussichtslosigkeit, einen wirklichen Sieg zu erringen, veranlassten *Notfrieden*, oder ob sie einen wirklichen europäischen *Dauerfrieden* erstreben. An dieser Rüstungsfrage werden die Geister sich scheiden. Hic Rhodus, hic salta.

Ich bin gespannt auf die deutsche Antwort, sagte ich. In Wahrheit bin ich nicht auf die Antwort neugierig, deren inneren Sinn ich mit Sicherheit voraussehe, sondern nur auf die Vorwände und Bemäntelungen, mit denen man den wahren Sinn der Antwort zu verhüllen suchen wird. Solange es sich nur um die allgemeine Formel der Zustimmung zu einem internationalen Friedensbunde handelt, ist der Konsens billig und konsequenzenlos. Wenn Deutschland seine und seiner Bundesgenossen militärische Macht erhalten und nach Belieben weiter entwickeln kann, so kann es bei gegebener Gelegenheit auf den Friedensbund pfeifen und den Bundesvertrag als „chiffon de papier“ zerreißen, wie es 1866 die deutsche Bundesakte in dem ihm günstig erscheinenden Moment zerrissen hat. Die allgemeine Zustimmung zu der Idee des Friedensbundes klingt wunderbar schön und ist nicht ungeschickt in Szene gesetzt, um den englischen Staatsmännern, die diese Idee vor und während des Krieges stets vertreten haben, scheinbar den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nun aber kommt es darauf an, die *Konsequenzen aus jener allgemeinen Zustimmung* zu ziehen. Nicht allein die

Rüstungen aller Friedensbündler müssen vermindert, es muss auch der Friedensbund selbst mit exekutiven Machtvollkommenheiten und entsprechenden Organen ausgestattet werden, um seine Entscheidungen zur Durchführung zu bringen. Wie stehst du, Deutschland, zu diesen Fragen? Bist du bereit, den Friedensbund nicht nur zu gründen, sondern auch ihn derart wirkungsvoll zu machen, dass seine Entscheidungen von jedem Teilnehmer respektiert werden müssen? Das sind die Fragen, vor die der deutsche Reichskanzler jetzt sofort, Schlag auf Schlag nach seiner Rede, gestellt werden müsste. Aus der Antwort auf diese Fragen wird sich ergeben, ob Deutschland ernsthaft an einer höheren überstaatlichen Organisation der Menschheit mitzuarbeiten gewillt ist.

Ich selbst zweifle nicht daran, dass die Antwort zwar nicht negativ — man muss doch den Schein wahren! — aber ausweichend ausfallen wird. Etwa so, wie die evasive Antwort Jagows vom 31. Juli auf die englische Anfrage wegen der Respektierung der belgischen Neutralität. Oder etwa so, wie die heutigen Erklärungen Bethmanns über die deutschen Absichten auf Belgien, das man zwar nicht „annektieren“, aber immerhin behufs Sicherung der deutschen Westgrenzen irgendwelchen Einschränkungen seiner Souveränität und Unabhängigkeit unterwerfen will.

* * *

Ich habe um so mehr Veranlassung, an einen ernsthaften Pazifismus Deutschlands mit allen wesentlichen Konsequenzen *nicht* zu glauben, als gerade der neueste Gewaltakt Deutschlands und Österreichs, die sogenannte „*Befreiung*“ *Polens*, die denkbar antipazifistischste Handlung ist. Antipazifistisch nicht nur ihrem materiellen Inhalt, sondern besonders auch ihrer amtlichen Begründung wegen. Herr von Bethmann, der am 9. November sich der erstaunten Welt als neugebackener europäischer Pazifist vorstellt, hat vier Tage vorher, am 5. November, noch während des Krieges, vor der definitiven Entscheidung, einen *annexionistischen Gewaltakt vorgenommen*, der einzig in der Geschichte dasteht. Er hat ein im Kriegslauf okkupiertes Land, das nach völkerrechtlichen Grundsätzen noch bis zum Friedensschlusse dem Kriegsgegner als Eigentümer gehört, durch einseitigen Gewaltakt dem bisherigen Herrn entrissen und ohne Befragung der Bevölkerung einen angeblich unabhängigen, tatsächlich von Deutschland abhängigen Vasallenstaat daraus ge-

macht. Auf die *beispiellose Völkerrechtswidrigkeit* dieses Vorgehens habe ich schon an anderer Stelle ausführlich hingewiesen. Hier, bei der Erörterung des neusten pazifistischen Programms des deutschen Reichskanzlers, interessiert nur die schnurstracks *anti-pazifistische Motivierung* der „Befreiung“ Polens. Schon in seiner Aprilrede 1916 hatte der Reichskanzler unverblümt hervorgehoben, dass die russischen Ostseeprovinzen und Polen im Interesse der Sicherung der deutschen Ostgrenzen nicht an Russland zurückgegeben werden könnten. Diese Motivierung ist in der offiziellen Konstituierung des neuen polnischen Staates vom 5. November und in allen offiziellen und offiziellen Kommentaren zu diesem Akt ausdrücklich wiederholt worden. Im „Anschluss“ an Deutschland und Österreich, „unter gebotener Rücksichtnahme auf die Wohlfahrt und Sicherheit“ dieser Länder, erfolgt die Konstituierung des neuen Königreichs.

„Über allem Für und Wider — so sagt der Kommentar der *Nord-deutschen Allgemeinen Zeitung* — steht beherrschend der Satz, dass wir *um unserer eigenen Zukunft willen* Polen nicht an Russland zurückfallen lassen dürfen. *Deutschlands Sicherheit* verlangt für alle kommende Zeit, dass nicht aus einem als *militärisches Ausfallstor* ausgebauten Polen russische Heere, Schlesien von Ost- und Westpreußen trennend, in das Reich einbrechen können. Nicht immer wird ein gütiges Geschick uns einen Hindenburg zur Verfügung stellen, um trotz solcher Grenzen die Russenflut einzudämmen. Um drei Millionen wächst alljährlich die Bevölkerung des Riesenreiches im Osten. *Kürzere, stark geschützte Grenzen* werden das festeste Fundament eines ruhigen Verhältnisses zu unserm russischen Nachbar sein.“

Deutschlands Sicherheit! Militärisches Ausfallstor für russische Heere! Kürzere, stark geschützte Grenzen — das festeste Fundament des Friedens! Das sind die Gesichtspunkte, mit denen der „Pazifist“ Herr von Bethmann die Annektierung Polens in der neuartigen Form eines Tochterkönigreichs rechtfertigt! Ist das nicht ganz und gar die alte und älteste Sprache der bisherigen machtgesicherten Völkeranarchie, die nur in besser geschützten Grenzen, in besserer militärisch-strategischer Lage den wirksamen Friedensschutz sucht? Ist hier, in dieser Motivierung der polnischen Königreichs-Annexion, auch nur der Schimmer eines pazifistischen Gedankens zu finden? Ist es nicht so, *als ob die Sprache vom 5. November aus dem Munde eines ganz anderen Mannes gekommen wäre, als die vom 9. November?* Ist die Idee militärischer Sicherung gegen Russ-

lands etwaige Überfälle nicht der stärkste Kontrast gegen den Gedanken dauernder Friedenssicherung durch internationale Rechtsorganisation? Wenn die Bethmannschen Gedanken vom 9. November verwirklicht werden sollen, wenn der Kanzler ernsthaft die Verwirklichung erstrebt und an sie glaubt, wie konnte er dann vier Tage vorher einen Gewaltakt begehen, der nicht nur die zukünftige Friedensorganisation gefährdet, ja unmöglich macht, sondern seinen Motiven nach dem wesentlichen Grundgedanken dieser Organisation brutal ins Gesicht schlägt?! Welchen Zweck, welchen Erfolg soll die internationale Friedensorganisation haben, wenn jeder Staat daneben — und sogar wie Deutschland schon pränumerando — sich territoriale Sicherheiten gegen feindliche Angriffe zu schaffen sucht? *Der Gewaltakt vom 5. November ist die strikte Negation der Friedensproklamation vom 9. November.* Herr von Bethmann desavouiert sich wieder einmal selbst. Wie ich in meinem Buche den Bethmann vom 4. August dem Bethmann vom 2. Dezember 1914 gegenübergestellt habe, so führe ich gegen den Kanzler vom 9. November den Kanzler vom 5. November 1916 ins Feld und überlasse es den beiden hohen Herren, sich selbst zu zerfleischen . . .

Wie man so oft die eigenen Handlungen nur im Spiegel fremder richtig zu beurteilen vermag, so möchte ich dem deutschen Reichskanzler folgenden Fall als Konstruktion vor die Augen führen, um ihm daran die ungeheure Widersinnigkeit und das Widerspruchsvolle seiner Akte vom 5. und 9. November zu beweisen. Nehmen wir an, Russland hätte im Laufe dieses Krieges die preußische Provinz Posen und das österreichische Galizien militärisch erobert und besetzt. Der Zar proklamierte eines schönen Tages — seinen zu Beginn des Krieges abgegebenen Versprechungen gemäß — die Konstituierung eines neuen Königreichs Polen, umfassend das russische Kongreß-Polen, das preußische Posen und das österreichische Galizien. Ein Polen, ungefähr im Umfange des alten Königreichs, ein in sich abgeschlossenes, also *besseres* Polen als das von Deutschland und Österreich hergestellte, unter Anlehnung an das Zarenreich. Auch der Zar motivierte seinen Gewaltstreich mit der Notwendigkeit eines besseren Schutzes seiner westlichen Grenzen, mit der Schaffung eines Pufferstaates gegen zukünftige deutsche Überfälle, und verwirklichte diese bessere Sicherung bereits jetzt während des Krieges dadurch, dass er deutsche und österreichische Unter-

tanen polnischer Nationalität unter dem Schein der Freiwilligkeit zur Waffenergreifung gegen ihre bisherigen Länder zwänge. Vier Tage nach diesem Gewaltakt hielte der leitende russische Minister eine pomphafte europäische Friedensrede, in der er sich bereit erklärte, das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung — dies die Worte des deutschen Reichskanzlers — zu Lande und zu Wasser zur Geltung zu bringen, sich an die Spitze eines friedlichen Völkerbundes zu stellen etc., etc. Würde nicht ein schallendes Hohngelächter, nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch in der ganzen neutralen Welt — besonders in Amerika, dem führenden Lande des Pazifismus — solche Erklärungen des russischen Staatsmannes begleitet haben? Würde irgend jemand in der Welt an die Ehrlichkeit eines Pazifismus geglaubt haben, der wenige Tage vorher durch den krassesten Akt des Antipazifismus desavouiert worden wäre? *Die Idee des Pufferstaates, der militärischen Grenzsicherung ist vieux jeu ältesten Stils. Die Idee der rechtlichen Völkerorganisation ist nouveau jeu neuesten Stils.* Eine Vereinigung beider Gedankenrichtungen ist logisch ausgeschlossen, eine gleichzeitige Durchführung beider praktisch unmöglich. Wenn Deutschland, der Angreifer, nach Russland hin einen Pufferstaat braucht, wie kann man dann Frankreich, dem Angegriffenen, einen Pufferstaat nach Deutschland hin versagen? Die Rechtsorganisation der europäischen Völker soll jeden Pufferstaat überflüssig machen. Das ist der einzige Sinn und Zweck dieser Organisation. Das Recht soll der tampon sein, der die Zusammenstöße verhindert und jede materielle tamponnage überflüssig macht.

Der von Herrn von Bethmann am 5. und 9. November 1916 betätigte und proklamierte Pazifismus ist der *Pazifismus der Macht*. Wir aber wollen die *Macht des Pazifismus*. Zwischen beiden Ufern gibt es keine Brücke.

* * *

So viel zur Bewertung der neuesten Bethmannschen Friedensziele *vom europäischen Standpunkt* aus.

Ganz anders aber stellt sich ihre Bewertung vom Standpunkt des *deutschen Volkes* aus.

Der Umstand, dass der deutsche Reichskanzler im November 1916, nach siebenundzwanzigmonatlicher Kriegsdauer zum ersten Male,

unter dem Zwang militärischer und wirtschaftlicher Umstände, gegenüber der Aussichtslosigkeit, den Kriegsgegnern Deutschlands einen deutschen Frieden diktieren zu können, sich auf den pazifistischen Boden stellt, der seit Jahrzehnten von den Staatslenkern der Entente, an der Spitze der russische Zar, als einzig mögliche sichere Grundlage für den Frieden Europas hingestellt worden war;

der Umstand, dass erst die unsagbaren Greuel eines mehr als zweijährigen Völkergemetzels, einer noch nie dagewesenen Güterzerstörung die zivilisiertesten Teile der Welt heimsuchen mussten, ehe den deutschen Staatslenkern die Erkenntnis aufging, die den Staatsmännern Englands, Frankreichs, Russlands, Amerikas, Belgiens, Hollands etc., überhaupt den vorgeschrittenen Geistern der ganzen Welt längst aufgegangen war, die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Rechtsorganisation der Völker an Stelle des bisherigen Gewaltprinzips;

der Umstand, dass während der kritischen zwölf Tage der Krieg mit Leichtigkeit vermieden werden konnte, wenn Herr von Bethmann schon damals die Wirksamkeit der pazifistischen Mittel erkannt hätte, die er heute als Balsam für die dem Menschheitskörper geschlagenen Wunden empfiehlt —

alle diese Umstände berechtigen das deutsche Volk, von seinen Staatslenkern Rechenschaft zu fordern für ihre Handlungen und ihre Unterlassungen.

Wenn die heutigen Bethmannschen Friedensziele wirklich ernsthaft gemeint sein sollten, wenn sie wirklich zur Anbahnung von Friedensverhandlungen und schließlich zum Frieden führen sollten, so ist dies vom Standpunkte Europas, vom Standpunkte der Menschheit aus sicher aufs freudigste und herzlichste zu begrüßen. Vom Standpunkt des deutschen Volkes aus aber werden die begangenen Verbrechen nur um so größer dadurch, dass der Täter durch sein heutiges Verhalten sie selbst eingesteht. In der Schuldfrage leugnet er noch. Sein Leugnen berührt uns nicht und entlastet ihn nicht, da der Schuldbeweis strikte geführt ist. *In der Kriegszielfrage aber bekennt er.* Wenn es heute wahr ist, dass der Friede Europas nur durch pazifistische Organisation der europäischen Völkerfamilie gesichert werden kann, so war es auch 1899, auch 1907 und in den folgenden Jahren, so war es vor allem in den letzten Julitagen 1914 wahr. Wenn heute völkerrechtliche Streitigkeiten der Zu-

kunft schiedsrichterlicher Entscheidung unterworfen werden können und sollen, so konnte auch der österreichisch-serbisch-russische Streit Ende Juli 1914 dem Haager Schiedshof zur Entscheidung überwiesen werden. Beinahe zwanzig Jahre lang hat die deutsche Regierung — selbstverständlich immer unterstützt von ihrer österreichischen Bundesgenossin — alle pazifistischen Gedanken von sich gewiesen, hat stets höhnisch solche „Utopien“ in Gegensatz zu der einzig berechtigten „Realpolitik“ gestellt, hat allen praktischen Vorschlägen in pazifistischer Richtung unerbittlichen Widerstand entgegengesetzt und nur in dem scharf geschliffenen Schwert, in der schimmernden Rüstung das Heil Deutschlands gefunden. Erst der blutigste Krieg der Menschheitsgeschichte musste länger als zwei Jahre über die Welt dahinbrausen, ehe die deutschen Staatslenker das erkannten, was die übrige gesittete Welt schon im Frieden erkannt und trotz aller deutschen Widerstände mit unermüdlichem Eifer erstrebt hatte. Dass *Deutschlands Wege in dieser jahrzehntelangen Vergangenheit Irrwege* waren, das gibt Herr von Bethmann heute zu, wenn anders seine Äußerungen vom 9. November ehrlich gemeint sind. Diese Irrwege haben Deutschland und die Welt in dieses unsagbare Unglück gestürzt. Sie haben den Boden für den Krieg vorbereitet, haben den Krieg herbeigeführt und haben ihn mehr als zwei Jahre, bis heute, verlängert. Was der Reichskanzler am 9. November sagte, ist nichts anderes als das *Schuldbekenntnis des reuigen Sünders*. Dass er bekennt, ist gut, ist immerhin besser für die Friedensaussichten, als wenn er in seiner Verstocktheit verharrte. Aber die Schuld wird nicht gesühnt durch das Bekenntnis. Die dreifache Schuld, für die das deutsche Volk von seinen Lenkern Rechenschaft zu fordern hat, besteht nach wie vor:

die Schuld an der Vergangenheit, die Schuld an der Gegenwart, die Schuld an der Zukunft.

Auch diese Zukunftsschuld — das habe ich schon an anderer Stelle ausgeführt — besteht in vollem Umfange, auch wenn sie unter dem Druck äußerer Umstände nicht begangen werden kann. Noch im Frühjahr 1916 war der Reichskanzler gewillt — und noch am 5. November hat er diesen Willen durch die Tat bekundet — einen deutschen, das heißt einen *Gewaltfrieden*, den Gegnern zu diktieren, die er besiegen zu können glaubte. Sein *Wille* war

darauf gerichtet, von Neuem einen auf Kanonen und Bajonette gestützten sogenannten Friedenszustand, von neuem einen latenten Kriegszustand, eine Völkeranarchie in Europa herzustellen. Dieser Wille stellt bereits das Verbrechen an der Zukunft dar. Nur die *Macht*, die militärische und wirtschaftliche Macht, fehlte Deutschlands Staatslenkern, ihren Willen in die Tat umzusetzen. Daher die plötzliche Umkehr von dem Gewaltweg auf den Friedensweg. Die Schuld wird dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Für diese dreifache Schuld wird das deutsche Volk Rechenschaft von den Verantwortlichen fordern.



L'HISTOIRE VIVANTE ¹⁾

La poste m'apporte un numéro de la *Revue critique* (18 novembre) avec un article de M. Hauser, article admirable de justesse, sur „la frontière du Rhin“. Je ne saurais mieux faire que d'en reproduire ici quelques passages, en anticipant forcément sur l'autorisation que l'amitié de l'auteur m'accordera sans doute.

Il s'agit en effet d'un problème qui préoccupe vivement les amis de la France. De tous les Alliés c'est elle qui a proclamé le plus nettement (fidèle aux idées de la Révolution) le principe du respect des nationalités. Je suis de ceux qui ont accordé à ces déclarations de la France une confiance entière, et qui espèrent en silence que son autorité sur ses Alliés, à l'heure de la paix, sera proportionnée à ses sacrifices, à son héroïsme. On ose dire, sans faire tort à personne, que depuis le mois d'août 1914 la France s'est mise, moralement, au tout premier rang des Puissances européennes; elle est vraiment, comme l'a dit Edison, „l'étendard glorieux“ de la justice et de la liberté; ses ennemis eux-mêmes le reconnaissent; elle s'est révélée au monde et à elle-même; elle a lavé ses fautes dans le sang des héros; elle est aujourd'hui plus grande que jamais; on l'aime sans arrière-pensée, comme on aime la lumière, purement.

Or, depuis quelques mois, il nous arrivait de France, de temps

¹⁾ Cet article devait paraître le 15 décembre; faute de place, je n'en ai publié qu'une dizaine de lignes, dans l'édition française, pour remplir une page.